

Aleksander Smolar
GESCHICHTSPOLITIK IN POLEN

Politik und Vergangenheit

Das angestammte Tätigkeitsfeld von Politikern ist die Gegenwart, ihr Ziel die Gestaltung der Zukunft nach ihren Vorstellungen. Die Vergangenheit interessiert Politiker insofern, als die Veränderung oder Verstärkung des bestehenden Vergangenheitsbildes den Handlungsspielraum erweitern kann. »Geschichtspolitik« gehört damit zum Repertoire politischer Instrumente.

Diesen Begriff haben Vertreter der polnischen Rechten aus Deutschland übernommen, Politiker, die in den vergangenen Jahren in Deutschland paradoxerweise eine ernsthafte Bedrohung für Polen sahen, wenn nicht für seine territoriale Integrität, so doch für seine Identität, seine Stärke, seine Position in Europa. In Deutschland fungierte die Geschichtspolitik als Instrument zur Bekämpfung der Relikte des Nationalsozialismus, sie diente dem kritischen Umgang mit dem nationalen Erbe und der Verbreitung demokratischer Werte, sie propagierte Europa als gemeinsames Projekt seiner Nationen. Geschichtspolitik war ein Mittel zur Schaffung demokratischer Gesinnung in einem Land, dem die westlichen Besatzungsmächte die Demokratie übergestülpt hatten.

Die Apologeten der Geschichtspolitik in Polen streben eine Stärkung der Volksgemeinschaft an, sie wollen Selbstbewusstsein und Stolz auf die Leistungen früherer Generationen schaffen und für einen starken Auftritt auf der internationalen Bühne sorgen. Im Laufe des Wahlkampfes 2005 haben sich Donald Tusk und Lech Kaczyński nicht zufällig vor Bildern des patriotischen Historienmalers Jan Matejko ablichten lassen. Der eine ließ sich von *Batory vor Pskow* eine heroische Aura verleihen, der andere von der *Schlacht bei Tannenberg*. In Deutschland war die Geschichtspolitik die Antwort auf die Verbrechen des »Dritten Reichs« und den moralischen Niedergang der Gesellschaft. Im Polen der letzten Jahren war sie die Antwort auf den Pragmatismus und Indivi-

dualismus, den die politische und wirtschaftliche Transformation hervor- gebracht hat. Sie war auch eine Reaktion auf den Schock, den die Aufde- ckung des Verbrechens von Jedwabne verursacht hat, mit der der Mythos vom stets gerechten, heroischen und leidenden Polen in Frage gestellt wurde. Und nicht zuletzt war sie die Antwort auf die in Putins Russland und der Bundesrepublik produzierten jüngsten Lesarten der Geschichte, die als Bedrohung der moralischen Position Polens und seiner Interessen wahrgenommen wurden.

Politik und Wahrheit

Mit der Manipulation von Vergangenheitsbildern durch Politiker oder Ideologen unterschiedlicher Couleur sind wir tagtäglich konfrontiert. Wladimir Putin machte sich den 60. Jahrestag des Kriegsendes zunutze, um das Bild eines großen, unbesiegbaren Russlands zu präsentieren. Er bediente sich der Vergangenheit, um Russlands Position und internati- onale Großmachtrolle in der Zukunft festzuschreiben. Aus diesem Bild wurde die Tragödie von Abermillionen Opfern des Kommunismus in der UdSSR und außerhalb ihrer Grenzen getilgt. Für eine Anerkennung der Opfer des Verbrechens von Katyn etwa, wo 1940 über 20 000 Polen vom NKWD liquidiert wurden, war in diesem Bild kein Platz.

Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben, aber nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Das heutige Deutschland ist kein Verlie- rerland mehr, vielmehr kann es in vieler Hinsicht auf respektable Erfolge verweisen: bei der Etablierung der Demokratie, der Wirtschaftsentwick- lung, seiner Rolle in Europa und der Welt. Deutschlands Weg zur Wie- dererlangung der vollen Souveränität, dessen jüngste Etappe mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der DDR begann, musste zwangsläu- fig auch den Blick auf die eigene Vergangenheit einschließen. Es bedürfte schon einer gehörigen Portion bösen Willens, wollte man Deutschland unterstellen, es wälze die Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs auf andere ab. Der amerikanische Journalist Nicholas Kulish eröffnete seinen Artikel über die Erinnerung der Deutschen mit den Wor- ten: »Die meisten Ländern feiern die positivsten Seiten ihrer Vergangen- heit. Deutschland wirbt erbarmungslos für seine negativsten.«¹

Es stimmt allerdings auch, dass die Deutschen begonnen haben, of- fen über die Tragödie ihres Volkes während des Zweiten Weltkriegs und

danach zu sprechen, über das Schicksal der vielen Zivilisten, die fliehen mussten oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. In Polen wurde dies in gewissen Kreisen als Bedrohung polnischer Interessen wahrgenommen, als Gefahr für das Bild Polens in der Welt. Der Kampf gegen Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und vormals in Europa nicht sonderlich bekannt, wurde für einige Jahre zu einer festen Größe polnischer Außenpolitik. Was bezweckten die Bekämpfung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin und die Entwicklung von Alternativprojekten zur Würdigung der Opfer ethnischer Säuberungen in Europa bis hin zum Vorschlag, in Danzig ein Museum des Zweiten Weltkriegs zu bauen, den Donald Tusk nach Berlin trug? Letztlich richteten sie sich gegen den Wandel der deutschen Erinnerung und seine Folgen. Die Befürchtung war, Polen könne eine Darstellung des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen drohen, die den Holocaust als Grundübel und die Vertreibungen als allgemeingültiges Phänomen des 20. Jahrhunderts einstuft, die die jüdischen und deutschen Opfer von Totalitarismus und Krieg ins Zentrum des Erinnerns rückt und damit die Verbrechen an anderen Völkern, etwa den Polen, in den Hintergrund drängt.

Eine extreme Lesart dieser Bedrohung hat, und das nicht nur einmal, Jarosław Kaczyński vorgestellt: »Uns droht eine Situation, in der in einigen Jahrzehnten, vielleicht auch schon früher, der Zweite Weltkrieg aus zwei großen Verbrechen bestehen wird: dem Holocaust, an dem angeblich Polen beteiligt waren, ferner der Aussiedlung der Deutschen, die gänzlich auf das Konto der Polen geht.«² Von ähnlichen Befürchtungen ließ sich die polnische Regierung vor einigen Jahren leiten, als sie die UNESCO aufforderte, den Titel »Konzentrationslager Auschwitz« zu ersetzen durch »Ehemaliges nazideutsches Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau«. Die Absicht ist so verständlich wie naiv. Mit bürokratischen Mitteln sollte die Wahrheit über eine gut 60 Jahre alte Tragödie festgeschrieben werden.

Geschichtspolitik

Die jüngsten polnischen Debatten um die Geschichte und ihren politischen Gebrauch sowie die Emotionen, die sie auslösten, mögen auf den ersten Blick erstaunen, scheint doch der Rahmen klar, in dem legitime staatliche Politik die Präsenz der Vergangenheit im öffentlichen Raum und Leben gestalten darf und soll. In den Zuständigkeitsbereich dieser

Politik fallen z.B. die Festsetzung staatlicher Feiertage, die Regelung patriotischer Bräuche und Rituale, die Einrichtung von nationalen Gedenkorten und von Museen, die Errichtung von Denkmälern zur Würdigung von für das nationale Gedächtnis bedeutsamen Menschen und Ereignissen, die Benennung von Straßen, die Förderung von Werken mit einer besonderen Bedeutung für das nationale Gedächtnis und Bewusstsein, die Erarbeitung von Lehrbüchern.

Wenn die Geschichtspolitik in Polen dennoch lebhaftere Emotionen ausgelöst hat, so nicht hinsichtlich der dem Staat zugeschriebenen Rolle, sondern aufgrund des Milieus und der diesem Milieu nahestehenden politischen Kräfte, die die Geschichtspolitik zu einem Werkzeug der »moralischen Ertüchtigung«, einer »moralischen Revolution« umfunktioniert haben. Symbolhaft für diesen Wandel steht die Ummodellierung des Instituts für Nationales Gedenken in eine Agentur des engstirnigen Nationalismus.

Der Begriff »Geschichtspolitik« selbst scheint fragwürdig, ist doch die Kombination von Geschichte – die als Wissenschaft methodologischer Disziplin gehorchen und um Objektivität und Wahrheitsfindung bemüht sein sollte – und Politik – die naturgemäß möglichst alles instrumentalisiert – nicht eben glücklich. Dennoch sind nicht alle Formen von »Geschichtspolitik« zu verwerfen. Es lassen sich mehrere Modelle unterscheiden, die ein Staat praktizieren kann:

– *Politik der Unterwerfung*. Hierbei handelt es sich um den Versuch der Machthaber, der Gesellschaft im Namen des Patriotismus ihre Werte und ihre Vision der Geschichte aufzuzwingen. Dieses Ziel lässt sich nur unter den Bedingungen von Diktaturen erreichen, nicht aber in einem modernen, offenen Gemeinwesen. Trotz zahlreicher beunruhigender Signale waren wir unter der Regierung der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) weit entfernt von einer Umsetzung dieses Modells. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass die Massenmedien pluralistisch geblieben sind und nur die öffentlich-rechtlichen Medien von der Regierungspartei kontrolliert wurden.

– *Politik des kalten Bürgerkriegs*. Hinter diesem Modell steht ebenfalls der Wunsch, der Gesellschaft eine bestimmte Vision der Vergangenheit aufzuzwingen, allerdings ist sich das Regime hier der Begrenztheit seiner

Möglichkeiten bewusst. Der Verzicht auf einen Frontalangriff geht hier einher mit dem permanentem Versuch, so viel Einfluss auf Information und Bildung zu gewinnen wie möglich, sich in den eroberten Kanälen und Institutionen zu verschanzen und sie der eigenen Logik zu unterwerfen. Dieses Modell entspricht der PiS viel mehr als das vorhergehende.

– *Politik des begrenzten demokratischen Konsenses.* Von einer asymmetrischen Integration kann man sprechen, wenn man akzeptiert, dass nicht alle gleichermaßen Recht haben und die Wahrheit nicht gleich verteilt ist. Dies schließt nicht aus, dass es einen grundlegenden Konsens über bestimmte Werte gibt wie Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit, der auf eine zunehmende Integration der Gesellschaft und Konvergenz auf ein gemeinsames Narrativ hoffen lässt, bei gleichzeitiger Anerkennung einer fortgeschrittenen Differenzierung aufgrund voneinander abweichender Biographien, gesellschaftlicher Stellung, Weltanschauung oder ethnischer Herkunft. Ich will nicht verhehlen, dass mir dieses Modell am nächsten ist.

– *Politik der Differenzierung und des friedlichen Miteinander.* Dieses Modell beruht auf der Anerkennung einer Vielzahl koexistierender Werte, Vorstellungen von Patriotismus, Interpretationen historischer Fakten, konkurrierender Erinnerungen. Der Zusammenhalt des bunten Gemeinwesens wird nicht im kollektiven Gedächtnis, einer dominierenden Religion oder in nationalen Mythen gesucht, sondern in akzeptierten Regeln des Zusammenlebens, im Gefühl der Zugehörigkeit zu einer konkreten politischen Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger. Unter den gegenwärtigen polnischen Bedingungen ist ein solches Modell kaum zu realisieren.

Zusammenfassend ließe sich über diese vier Modelle von Geschichtspolitik sagen, dass in den Jahren 1989–2005 das dritte dominant war. Mit dem Sieg der PiS und der Regierungskoalition aus PiS, Samoobrona und LPR hat sich die Geschichtspolitik jedoch schnell dem zweiten Modell angenähert, der »Politik des kalten Bürgerkriegs«. In den öffentlich-rechtlichen Medien waren auch Elemente einer »Politik der Unterwerfung« zu beobachten.

Symbolisch für die Geschichtspolitik der »IV. Polnischen Republik« kann der von der genannten Koalition ins Strafgesetzbuch eingebrachte

Paragraph 132a stehen: »Wer das polnische Volk öffentlich der Teilnahme, Organisation oder Verantwortung für kommunistische oder nazistische Verbrechen beschuldigt, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.«

Zwei Geschichten vom neuen Polen

Das wichtigste geschichtspolitische Unternehmen der vergangenen Jahre, insbesondere während der PiS-Regierung, war die Popularisierung der polnischen Geschichte nach 1989. Lange war eine eher apolitische, auf Konsens bedachte und von Optimismus getragene Erzählung dominant, in welcher der »Runde Tisch« als Gründungsmythos fungierte und die Erlangung vollständiger Souveränität, der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft und schließlich der Beitritt zur NATO und zur Europäischen Union als Erfolge verbucht wurden. Zwar existierten auch andere Narrative, sie waren aber kaum von Bedeutung. Das änderte sich mit Beginn unseres Jahrzehnts. Man begann, den Einfluss der postkommunistischen Eliten, ihre Symbiose mit den Geheimdiensten, mit der Mafia und mit einem Teil der ehemaligen *Solidarność* angeblich kommunistischer Provenienz in den Mittelpunkt zu rücken. Die fragile polnische Demokratie wird nun als »Fassade« beschrieben, sie werde beherrscht von Oligarchen, sei umschlungen von den Tentakeln der allgegenwärtigen und allmächtigen »Kartelle«. Diese Umwertung der Transformationszeit wurde von der PiS schließlich noch um ein gesellschaftskritisches Motiv ergänzt, die Ungerechtigkeiten des Übergangs, in dessen Verlauf die Eliten privilegiert und breite Schichten der Gesellschaft marginalisiert worden seien. Polen nach 1989 wurde bezeichnet als »Volksrepublik Polen II«, »postkommunistisches Monstrum«, »UBekistan« (UB ist das Kürzel für *Urząd Bezpieczeństwa*, den ehemaligen kommunistischen Geheimdienst).

Dieses Geschichtsnarrativ verhalf weder zu einem besseren Verständnis der Gegenwart noch eröffnete es Perspektiven für die Zukunft. Seine Stärke war vielmehr der Protest, die Wut, der »Biss in den Wisent-Arsch«, um mit dem Dichter Jarosław Marek Rymkiewicz zu sprechen, der diese Metapher prägte. Er wollte damit das Verdienst Jarosław Kaczyńskis würdigen, Polen endlich auf Trab gebracht zu haben. Doch wozu? Wohin? Kann das Polen der Zeit nach 1989, in dem die Gesellschaft in vielen zentralen Bereichen schmerzhaften radikalen Verände-

rungen unterworfen wurde, mit einem apathischen Rindvieh verglichen werden?

Die Anhänger der IV. Republik denken weder in historischen Kategorien, noch im Rahmen realer politischer Wahlmöglichkeiten, die stets bestimmt sind durch die Beschränkungen der Zeit, des Wissens, des Könnens und der zur Verfügung stehenden Mittel. Sie suchen ihre Antworten in der Theologie einer kommunistischen Erbsünde und der Dämonologie einer Verschwörung gegen das wahre Polen. Die Apologeten der neuen Geschichtspolitik scheinen auch kein Interesse zu haben an der Entwicklung der anderen postkommunistischen Ländern – ein Vergleich, der zeigen würde, dass diese mit ganz ähnlichen Transformationsproblemen zu kämpfen haben, ohne freilich gleich die halbe Gesellschaft zu kriminalisieren.

Auch Reflexionen, Analysen oder wenigstens Informationen zu möglichen, nicht auf das kommunistische Erbe projizierbaren Ursachen für unsere unbestreitbaren Schwächen sucht man bei den Verfechtern der IV. Republik vergebens. Für Piotr Sztompka sind die Jahre nach 1989 durch vier große Prozesse geprägt, die jeweils die ganze Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger stark traumatisiert haben: Transformation, Modernisierung, Globalisierung und europäische Integration. Die Gesellschaften unserer Region waren dem unerhörten Druck dieser simultanen Prozesse ausgesetzt. So also sah der träge Wisent aus, bevor Jarosław Kaczyński ihn gebissen hat.

Die Ursache unserer Schwächen und Pathologien sei, so der Historiker und Ökonom Jacek Kochanowicz, nicht allein im Erbe des Kommunismus zu suchen, sondern auch in der ökonomischen Rückständigkeit Polens, unter der die Mittelschicht häufig parasitär auf Kosten des Staates lebe und um Posten, Verträge und Lizenzen kämpfe, während die schlecht bezahlten Beamten empfänglich für Schmiergelder seien. Die Mittelschicht sei an einem wachsenden Staat interessiert, weil dann neue Posten entstehen, die wachsende Zahl von Verordnungen biete immer mehr Möglichkeiten für Schlupflöcher und illegale Einkünfte.³ Kochanowiczs Argumentation könnte noch ergänzt werden um weitere Faktoren wie die nur schwach ausgebildete Tradition moderner Eigenstaatlichkeit, der mangelnde Respekt gegenüber dem Staat, die schwache Zivilgesellschaft. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass das aus dem Kommunismus stammende Erbe mangelnder politischer Kultur eben durch die PiS-Regierung

illustriert wurde, die sich auf eine repressive Politik und das Auswechselln von Kadern beschränkte und darüber die Reform der Institutionen vernachlässigte und demokratischen Regeln keine Beachtung schenkte.

Geschichte und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der amerikanische Publizist Jim Hoagland bezeichnete Europa als einen Kontinent, der im Gegensatz zu den zukunftsorientierten USA »von der eigenen Vergangenheit und Erinnerung kolonisiert« sei.⁴ In der Tat stellt die radikale Geschichtspolitik unter den Brüdern Kaczyński eine intensive Kolonisierung Polens dar. Bogdan Zdrojewski, Minister für Kultur und nationales Erbe in der Regierung Donald Tusks, äußerte unlängst seine Besorgnis angesichts der Folgen dieser Politik, und warnte, Polen könne »ein Land der Museen und Nekropolen« werden. Sein Amtsvorgänger Kazimierz M. Ujazdowski, Minister der PiS-Regierung, antwortete in seinem Blog, dass »der moderne Staat keine Aktiengesellschaft ist, kein schlichter Verband wirtschaftlicher Interessen. Historische Tradition ist ein starkes Bindemittel für Bürger- und Staatsgesellschaft, sie ist von erheblicher Bedeutung für Bildung und Förderung.«⁵ Das ist richtig, es kommt aber darauf an, was und wie gelehrt wird, was und wie gefördert. Wichtig ist zudem, dass staatliche Geschichtsdidaktik in modernen Demokratien nicht das einzige und auch nicht das wichtigste Bindemittel für die Gesellschaft ist. Häufig ist sie ganz einfach ein aufdringliches Propagandainstrument.

Die Hinwendung zur Vergangenheit als Bindemittel entsprang in Polen nach 1989 nicht zuletzt dem Bedürfnis, die Folgen der Herrschaft des Kommunismus und seiner Mechanismen zur Atomisierung der Gesellschaft zu überwinden, aber auch die Folgen der Transformationsjahre, als Eigeninitiative, Ehrgeiz und Durchhaltevermögen gefragt waren. Die III. Republik des nationalen Nihilismus zu bezichtigen, so die Sprachregelung der Kaczyński-Revolutionäre, entbehrt gleichwohl jeglicher Grundlage. Erinnerung sei nur an die radikalen Veränderungen des Systems, die allein schon eine de facto-Verurteilung der kommunistischen Ära bedeuten. Und haben die Kritiker schon die nach 1989 praktizierte Geschichtspolitik vergessen, die drastischen Veränderungen von Medieninhalten und Geschichtsbüchern, die Wiedereinrichtung der Feiertage des 3. Mai und 11. November, den Sturz der kommunistischen Denkmäler und die Um-

benennung von Straßen, die Aberkennung des Veteranenstatus für Geheimdienstfunktionäre, die Rehabilitierung politischer Häftlinge? Haben sie vergessen, dass das heftig umstrittene Institut für Nationales Gedenken schon seit dem Jahr 2000 existiert?

All diese Initiativen sollten nicht vergessen werden. Zugleich liegen die Ursachen auf der Hand, warum in Polen das Bedürfnis nach einem affirmativen Geschichtsbild wuchs, das dann von den Verfechtern der IV. Republik bedient wurde.

Um die Voraussetzungen für eine moderne Demokratie zu schaffen, setzte man nach 1989 weniger auf das Gemeinschaftsgefühl als auf Ehrgeiz und individuelle Ziele. Das Prinzip Sicherheit und Stabilität wurde zusehends durch das Prinzip Risiko abgelöst, das Chancen eröffnet, aber auch bedrohlich wirken kann. Auf das Monopol folgte die Konkurrenz. Das Gebot des Glaubens an die eine Wahrheit fiel und machte dem Pluralismus von Informationen und Meinungen Platz.

Stephen Holmes, der amerikanische Philosoph und aufmerksame Beobachter der Veränderungen in unserer Region, hat für die Probleme ehemals kommunistischer Länder eine griffige Formel gefunden: Schwache Staaten mit schwacher Bindung an schwache Zivilgesellschaften und mit schwacher Marktwirtschaft.⁶ In dieser Formel sind die Ursachen für die schwache Integrationsfähigkeit von Staat, Zivilgesellschaft und Markt enthalten.

In den modernen Gesellschaften der entwickelten Demokratien Westeuropas spielen der Wohlfahrtsstaat und die soziale Dimension der Staatsbürgerschaft eine zentrale Rolle für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Redistributionsmechanismen sollen die Voraussetzungen für die Gleichheit der Bürger schaffen, sie sollen garantieren, dass alle gleichermaßen von ihren politischen Rechten Gebrauch machen können. In Krisenzeiten wie heute verlieren diese Mechanismen überall deutlich an Effizienz. In Polen spielt die Redistribution des Nationaleinkommens zwar eine wichtige Rolle, doch die aus der kommunistischen Zeit übernommene Erwartungshaltung fördert nach wie vor den Eindruck, der Staat habe sich seiner elementaren Pflichten entledigt. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht ein starkes Empfinden von Ungerechtigkeit.

Ralf Dahrendorf schrieb einmal über die moderne Demokratie als kaltes Projekt, das keine Gefühle mobilisiere, nicht zu den Emotionen der Bürger vordringe. In Polen hat das »kalte« Projekt der Transformation

sicherlich die Hinwendung zur Vergangenheit gefördert – allerdings auf eine zuvor kaum vorstellbare Weise. Die von den Kaczyńskis vorangetriebene Kolonisierung Polens durch Vergangenheit und Erinnerung hat dazu geführt, dass Politik im eigentlichen Sinne immer wieder durch Geschichtspolitik ersetzt wurde, besonders deutlich in der Außenpolitik.

Was uns trennt – Geschichtspolitik und Europäische Union

Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 war in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein enormer Erfolg. In vielen Ländern Westeuropas wurde das aber nicht so wahrgenommen. Das »Nein« der Franzosen und Niederländer zur Europäischen Verfassung wie das »Nein« der Iren zum revidierten Verfassungsvertrag war wohl nicht zuletzt gegen die Osterweiterung gerichtet. Sicherlich spielte das Gefühl des schwindenden Einflusses auf das eigene Schicksal in einem immer größer werdenden politischen Gebilde eine Rolle, genauso wie die Furcht vor drohender Konkurrenz aus Ländern mit niedrigen Lohnkosten und Steuern. Zu wenig berücksichtigt wurde allerdings bislang ein weiterer Faktor, der für die innereuropäischen Beziehungen von großer Bedeutung ist – die Wahrnehmung der Neuankömmlinge im europäischen Haus als Fremde.

Sie entspringt zu einem guten Teil dem mangelnden historischen Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer.⁷ So wie sich Westeuropa in den Nachkriegsjahrzehnten gezielt um ein gemeinsames Bild der Vergangenheit bemüht hat, muss auch das erweiterte Europa das heute tun. Gemeinsame Erinnerung schafft gegenseitiges Vertrauen, ein Gefühl der Mitverantwortung, der Solidarität. Solange wir von der gemeinsamen Erinnerung ausgeschlossen werden oder uns selbst ausschließen, sind wir keine vollwertigen Mitbürger der Union. Ernest Renans Reflexionen über die Nation haben nichts an Aktualität verloren:

In der Vergangenheit ein gemeinschaftliches Erbe von Ruhm und von Reue, in der Zukunft ein gleiches Programm verwirklichen, gemeinsam gelitten, sich gefreut, gehofft haben – das ist mehr wert als gemeinsame Zölle und Grenzen (...). Das ist es, was man ungeachtet der Unterschiede von Rasse und Sprache versteht. (...) Ja, das gemeinsame Leiden eint mehr als die Freude. Die nationalen Erinnerungen und die Trauer wiegen mehr als die Triumphe, denn sie erlegen Pflichten auf, sie gebieten gemeinschaftliche Anstrengungen. Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist.

Sie setzt eine Vergangenheit voraus, aber trotzdem fasst sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist (...) ein täglicher Plebiszit, wie das Dasein des einzelnen einen andauernde Behauptung des Lebens ist.⁸

Was Ernest Renan hier formuliert, war auf die Nation bezogen. Europa ist keine Nation und wird auch keine werden, doch Renans Worte lassen sich gut auf Europa übertragen.

Die starken Bande innerhalb der alten Europäischen Gemeinschaft, besonders zwischen den sechs Gründerstaaten, basierten nicht nur auf einem gemeinsamen Markt und gemeinsamen Gesetzen, auf Elementen einer gemeinsamen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch auf immer engeren Verbindungen zwischen den Gesellschaften der Mitgliedsländer. Von zentraler Bedeutung waren dabei die Bildung, das Bestreben, die Geschichtsbilder anzunähern, und die Verständigung auf ein gemeinsames Narrativ für die Entstehung der Gemeinschaft. Kurz, eine Verschränkung von nationaler und europäischer Geschichtspolitik. Ihr Ausgangspunkt war kein idealisierter Gründungsmythos, kein »Goldenes Zeitalter«, sondern im Gegenteil die Apokalypse des Krieges und das »Nie wieder«. Dank einer umsichtigen Politik der Staaten und Nationen gelang es, das freie Europa immer besser zu integrieren, angefangen mit der Montanunion über die Römischen Verträge und Maastricht bis – so das Ziel – zu einer gemeinsamen Verfassung. Doch hier ist es in dieser eindrucksvollen Erfolgsgeschichte zu einem Bruch gekommen.

Die Polen sind mit ihrer Andersartigkeit in die Europäische Union gekommen, mit ihrem eigenen Geschichtsbild, das von dem im Westen vorherrschenden in wesentlichen Punkten abweicht. Von großer Bedeutung ist hierbei die *Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg*. Das Kapitel des Krieges ist im Westen längst abgeschlossen. Der Aufbau eines gemeinsamen Europa hat ein Ende der Trauer, der Aufrechnungen, der Forderungen nach Wiedergutmachung ermöglicht. Deutschland hat das Gefühl, nach Jahrzehnten der »Erinnerungsarbeit«, mit der Anerkennung der Naziverbrechen und dem Bekenntnis zu einer soliden Demokratie der Welt wieder in die Augen sehen zu können. Von unserer Seite gestaltet sich die Angelegenheit komplizierter. Der Krieg ist im Gedächtnis der Polen und der anderen Nationen der Region deutlich stärker verankert. Die Brutalität, der Vernichtungscharakter des Zweiten Weltkrieges gehörten hier

im Gegensatz zum Westen zum Alltag. Die späte Wiedererlangung voller Souveränität 1989 und die Besorgnis um den Platz Polens in Europa, um die nationale Sicherheit hatten wesentlichen Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Wir haben hier nicht das Gefühl von Sicherheit, das Franzosen, Belgier oder Niederländer genießen. Die westlich der Oder immer stärker werdende Erinnerung an die eigenen Tragödien während des Krieges und nicht mehr nur an die von Deutschen verübten Verbrechen hat in Polen eine Besorgnis ausgelöst, die von Politikern und Journalisten, nicht nur aus dem Umfeld der PiS, für politische Zwecke missbraucht wurde. Von Deutschland wird die Anerkennung der Kriegsverbrechen besonders gegenüber Polen erwartet, außerdem die Lossagung von all jenen Elementen deutscher Geschichtspolitik, die in Polen als Bedrohung der eigenen Interessen und der Position Polens als Opfer von Aggression und Verbrechen seitens der Deutschen wahrgenommen werden.

Aber es ist natürlich auch die *Erinnerung an den Kommunismus und die UdSSR*, die Polen und seine ebenso betroffenen Nachbarländer radikal von ganz Westeuropa unterscheidet. Der Westen hat die Erfahrung des »real existierenden Sozialismus« nicht gemacht, der Polen von 1939-1941 und nach dem Krieg für weitere 45 Jahre ausgesetzt war. Die westliche Erinnerung an den Kommunismus war an die starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien gebunden, in anderen Ländern des freien Europas war der Einfluss der Kommunisten geringer. Der Kommunismus wurde darüber hinaus mit der Bedrohung durch die Sowjetunion während des Kalten Krieges in Verbindung gebracht, wobei die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa und der Raketenschild der USA das Bedrohungspotential minderten.

Die westlichen Erfahrungen des Kommunismus stehen jedoch in keinem Verhältnis zu der Tragik und banalen Alltäglichkeit derjenigen Polens und der anderen Satellitenstaaten Ostmitteleuropas. Dies erklärt, warum sich Polen und die ostmittelosteuropäischen Nationen durch eine Interpretation der Geschichte bedroht sehen, aus der der Hitler-Stalin-Pakt, Katyn, die sowjetische Besatzung und ein halbes Jahrhundert sowjetischer Dominanz nach dem Krieg verschwunden sind. Hier geht es nicht nur um Geschichte, sondern auch um Politik, um Vergangenheit, aber auch um Zukunft. Und dies um so mehr, als die aus konkurrierenden Erinnerungen resultierenden Probleme durch politischen und ökonomischen Druck verschärft werden können. Die divergierenden historischen Erfah-

rungen, die unterschiedliche Last der Erinnerungen an die Beziehungen zu Russland und der UdSSR bedingen neben wirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten das so unterschiedliche Verhältnis Warschau, Prags, Berlins, Londons oder Roms zu Putins Russland. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der geplanten Gaspipeline, die nach einem Vertrag zwischen Moskau und Berlin und mit der Unterstützung zahlreicher westeuropäischer Länder auf dem Grunde der Ostsee verlegt werden soll. Zugleich hat der brutale Druck in Energiefragen, den Moskau gegenüber der Ukraine, Belarus, Georgien und andere Staaten der Region ausübt, auch den Westen nicht unbeeindruckt gelassen. Diese Erfahrung hat auf beiden europäischen Seiten zu einer gewissen Annäherung in der Wahrnehmung Russlands geführt.

Waren die Beziehungen Polens zu Deutschland und Russland in den vergangenen Jahren geprägt von einer Zuspitzung des »Erinnerungskampfes« und wachsender Unruhe in der Gesellschaft, so scheint das Verhältnis zur Ukraine ein Gegenbeispiel zu liefern. Die guten polnisch-ukrainischen Beziehungen (unter Präsident Aleksander Kwaśniewski genauso wie unter Lech Kaczyński) tragen zu einer beidseitigen Anerkennung der Verbrechen der Vergangenheit bei und fördern so die Entschärfung schmerzhafter Erinnerungen, die einer Aussöhnung bisher im Wege standen.

Von der in der »alten« Union dominanten Erinnerung weicht auch die polnische Lesart der *Rolle der USA in der Geschichte des modernen Europa* ab. Im westlichen Teil des Kontinents verblasst die Erinnerung an Amerikas Rolle bei der Befreiung Europas vom Hitlerregime oder beim Schutz des Westens vor der UdSSR während des Kalten Krieges. Als Charles de Gaulle die französischen Truppen aus den militärischen Strukturen der NATO abzog und gleichzeitig forderte, die amerikanischen Truppen sollten sein Land verlassen, fragte der damalige amerikanische Außenminister ironisch, ob Washington auch die Gräber der amerikanischen Soldaten evakuieren solle, die im Kampf für die Freiheit Frankreichs gefallen sind. Für das polnische Gedächtnis ist die Nachkriegsgeschichte Westeuropas untrennbar mit der Geschichte der Vereinigten Staaten verbunden. Eigentlich war es die Geschichte des Westens, in der den USA seit dem Zusammenbruch Europas 1945 eine tragende Rolle zukommt. Rückblickend ließe sich sogar behaupten, dass der Enthusiasmus, den 1989 die Parole von der »Rückkehr nach Europa« in unserer gesamten Region auslöste, eigentlich die Rückkehr in den Westen meinte.

Eine wesentliche Quelle für das unterschiedliche historische Erinnern in Europa sind auch *der Holocaust und das Schicksal der europäischen Juden*. Die Europäische Gemeinschaft ist entstanden, um eine Wiederkehr der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs zu verhindern. Gleichzeitig wurde die Vernichtung der Juden nach dem Krieg für zwei Jahrzehnte aus der Erinnerung ausgeblendet. Der Europahistoriker Tony Judt schrieb sogar, der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft gründe auf einem Pakt des Nichterinnerns.⁹ Europa war schließlich geschlagen aus diesem Krieg hervorgegangen. Das Problem der Judenvernichtung als einer gesonderten und für den Charakter des Nationalsozialismus grundlegenden Erscheinung wurde in Schweigen gehüllt. In den folgenden dreißig Jahren eroberte sich die Erinnerung an den Holocaust nach und nach einen zentralen Platz im Gedächtnis des Westens (in den Vereinigten Staaten noch mehr als in Westeuropa). Ein paradoxer Effekt dieses Prozesses war, dass die durch Hitlerdeutschland verursachten Leiden anderer Völker und die Verbrechen des Kommunismus in den Hintergrund gedrängt wurden. Als weitere Folge ergab sich eine wesentliche Akzentverschiebung: Die Geschichte der Vernichtung, Verfolgung und des Leids nahm zusehends den Platz der Geschichte heroischer Taten und des Widerstandskampfes ein.

Den Ländern Mittel- und Osteuropas, die eigentlich erst nach der Wiedererlangung ihrer Souveränität 1989 begannen, sich mit dem Erbe des Holocaust auseinanderzusetzen, fällt es schwer, eine Lesart der europäischen Vergangenheit zu akzeptieren, die den Juden gewissermaßen einen zentralen Ort zumisst. Zum ersten haben ein halbes Jahrhundert Kommunismus und Schweigen über den Holocaust das Verständnis der Spezifik des jüdischen Martyriums nicht eben erleichtert. Zum zweiten gab es hier nicht nur Millionen jüdischer Opfer, sondern auch Millionen polnischer, russischer und weiterer Opfer. Zum dritten gab es hier neben den Opfern des Nazismus auch zahlreiche Opfer des Kommunismus. Zum vierten galten die Juden, die Opfer der Hitlerverbrechen, im Gedächtnis der Völker dieser Region vom Baltikum bis Rumänien auch als mitverantwortlich für die Verbrechen des Sowjetregimes. Die im Polnischen weit verbreitete Gleichsetzung von Judentum und Kommunismus im populären nationaldemokratischen Wort von der »Żydokomuna« ist ein Erbe des Antisemitismus vor dem Krieg. Natürlich wäre Polen auch ohne Juden nach dem Krieg der Kommunismus aufgezwungen worden. Aber die relativ große Zahl von Juden im Staatsapparat galt als Bestätigung der übelsten Vorur-

teile. Juden wurden, wie das häufig mit nationalen Minderheiten in Imperien geschieht, während der ersten Phase der kommunistischen Herrschaft in vielen Staaten Ost- und Mitteleuropas gegen die jeweiligen Mehrheiten vor Ort eingesetzt. So auch während der sowjetischen Besetzung 1939-1941. Dieser Umstand hat die Überwindung des antisemitischen Erbes erschwert. Er erschwert bis heute die Anerkennung und Annahme der Tragödie der polnischen und europäischen Juden. Aus westeuropäischer Sicht kann es nur unverständlich und inakzeptabel erscheinen, dass es in einem Land wie Polen zu antisemitischen Äußerungen kommt, in einem Land, in dem die größten Verbrechen des Hitlerregimes begangen wurden, in dem es nach dem Krieg zu Pogromen an Juden kommen konnte. Wie ist es möglich, dass gleich nach 1989 Kämpfe um die symbolische Herrschaft über das Lager in Auschwitz ausgefochten wurden, dass man heute bei vielen Priestern auf offenen Antisemitismus stößt und unlängst mit der Liga der Polnischen Familien (LPR) eine offen antisemitische Partei mitregierte?

Weder der polnisch-deutsche noch der polnisch-russische Gedächtniskonflikt sind die Ursache für die Krise der polnischen Identität, sie können es auch gar nicht sein. Wer Henker war und wer Opfer, steht außer Frage. Anders verhält es sich mit den polnisch-jüdischen Beziehungen. Der Schock über das tatsächliche Verhältnis eines Großteils der polnischen Bevölkerung zu den Juden während des Krieges und danach war unter anderem auf das bis vor kurzem noch vorherrschende und heute noch weit verbreitete Unschuldsbewusstsein der Polen zurückzuführen – die Überzeugung, die Polen seien stets die Opfer anderer gewesen, ohne dass je andere ihnen zum Opfer gefallen sein könnten. Die Verbrechen von Jedwabne und anderswo, die Pogrome nach dem Krieg haben die Frage nach dem Verhältnis zu den Juden auf dramatische Art und Weise ins Zentrum der polnischen Debatte gerückt und einen Schock ausgelöst.

So paradox es klingen mag, aber jenseits der Aufmerksamkeit des Westens und auch Polens vollzieht sich eine fundamentale Verbesserung der polnisch-jüdischen Beziehungen. Nicht aufgrund von Gesten der Anteilnahme, des Gedenkens oder der Versöhnung, sondern infolge des polnischen Engagements im Irak an der Seite der Amerikaner. Ob Saddam Hussein die Sicherheit Polens oder der USA gefährdet hat, darf bezweifelt werden, ganz bestimmt stellte er aber ein Sicherheitsrisiko für Israel dar. Polen ist mit seiner Haltung in der Irakfrage nolens volens zu einem

strategischen Partner Israels geworden. Auch hat das Bündnis zwischen Polen und den USA und die Absenz antiisraelischer Tendenzen in der polnischen Außenpolitik dazu geführt, dass Israel und internationale jüdische Verbände sich um die Unterstützung Polens innerhalb der Europäischen Union bemüht haben, aus der in den vergangenen Jahren vermehrt antiisraelische Töne zu vernehmen waren.

Die Unfähigkeit des »alten« Europa, sich mit unseren Erfahrungen und unserer Geschichte vertraut zu machen, betrifft nicht nur weiter zurückliegende Zeiten, sondern auch die jüngste Geschichte. Ein anschauliches Beispiel für diese Spaltung liefern *die Rolle und der Ort des Jahres 1989*. Für das postsowjetische Europa war dieses Datum von elementarer Bedeutung. In diesem Moment schloss sich der tragische Kreis, der für Tschechen und Slowaken 1938 begonnen hatte, für Polen am 1. September 1939, für andere Länder der Region noch später: Krieg, sowjetische Dominanz und Herrschaft des Kommunismus. 1989 bedeutete für Polen außerdem die Krönung der *Solidarność*-Bewegung von 1980/81, für den gesamten postsowjetischen Raum den Zusammenbruch des Kommunismus, herbeigeführt durch mehr oder weniger starke Emanzipationstendenzen der einzelnen Nationen. Für Westeuropa, aber auch für die USA rückte zusehends die geopolitische Dimension in den Vordergrund: 1989 als Spiel der Großmächte. Nicht zufällig ist die Berliner Mauer zum Symbol der großen Umbrüche geworden, die doch in Polen begonnen hatten. Aber es war das geteilte Berlin, das im Westen den Kalten Krieg, die Teilung Europas, die Bedrohung des Westens versinnbildlichte.

Ein weiterer Erfahrungsbereich, der uns von der »alten Union« trennt, betrifft das *Gedächtnis der europäischen Integration*. Die im westlichen Teil des Kontinents dominante Erzählung über die Schaffung eines gemeinsamen Europas lässt uns außen vor, sie schweigt uns tot. In dieser Erzählung ist Europa Westeuropa, es ist eine Erzählung, die über zwei Generationen verinnerlicht und kanonisiert wurde und die das Gedächtnis der Westeuropäer strukturiert. Sie können sich nur schwer mit unserer Geschichte identifizieren, aber wir uns auch kaum mit ihrer, an der wir schließlich nicht teilnehmen konnten. Die Polen können auch nur schwer einsehen, warum die Gründungsmitglieder der Union beispielsweise die fundamentale Bedeutung der deutsch-französischen Versöhnung für ein geeintes Europa als naturgegeben betrachten. Die neuen Mitglieder, die an der Schöpfung der EU nicht beteiligt waren, kann dieser Mythos kaum

beeindrucken, und es wundert sie, warum der Führungsanspruch der beiden Länder so lange unangefochten blieb. In einer immer größer und immer vielfältiger werdenden Union ist der Führungsanspruch zweier Staaten, so groß und verdienstvoll sie auch seien, kaum noch zu rechtfertigen. So sieht es auch eine zunehmende Zahl westeuropäischer Länder.

Und noch ein weiteres wesentliches Element des historischen Gedächtnisses sei erwähnt, das Europa spaltet – die *Rolle der kolonialen und imperialen Vergangenheit*. Sie berührt die neuen Mitglieder der Europäischen Union nicht. Vielmehr waren sie die Opfer der Feldzüge der Imperien dieser Region, des russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen oder osmanischen Reiches. Sie haben ein kompliziertes, häufig negatives Verhältnis zu ihren Nachbarn hinter sich, oft ist auch das Verhältnis zu nationalen Minderheiten belastet. Aber das ist etwas ganz anderes als die imperiale und koloniale Vergangenheit westeuropäischer Länder, die deren Identität und das Verhältnis zu den ehemaligen Kolonien stark mitprägt. Die berühmt gewordene Entgleisung Jacques Chiracs (nach dem sog. »Brief der Acht«, einem offenen Brief von acht Staaten, die 2003 für die USA Partei ergriffen), der den neuen Ländern eine schlechte Kinderstube attestierte und erklärte, sie hätten eine gute Gelegenheit zu schweigen verpasst, wäre an die Adresse ehemaliger Kolonien undenkbar gewesen. Polen und die anderen mitteleuropäischen Staaten gehörten anscheinend zu den Staaten, denen gegenüber der französische Präsident meinte, verbale Brutalität und Paternalismus walten lassen zu können.

Was uns verbindet

Wenn die beiden Teile Europas zusammenwachsen sollen, bedarf es nicht nur einer Marktpolitik und offener Grenzen, sondern auch einer europäischen Geschichtspolitik oder einer »Politik der Mentalität«, um mit Wolf Lepenies zu sprechen. Zweifellos besteht eine Spannung zwischen dem Bestreben, ein geeintes, offenes Europa zu errichten und zugleich die nationale Identität, das nationale Gedächtnis und die eigenständige Rolle Polens zu stärken. Die gefühlte Wertekrise und die Verlorenheit nach achtzehn Jahren tiefgreifender Veränderungen haben in Polen politischen Kräften Auftrieb gegeben, die die gegenwärtige Identitätskrise mit einer fragwürdigen Geschichtspolitik heilen wollen. Selbstverständlich müssen wir das Gefühl der Zugehörigkeit zur Nation und den Stolz auf Polen fördern.

Wir müssen darüber hinaus gemeinsam mit den anderen neuen Mitgliedsstaaten der Union versuchen, das europäische Geschichtsbild dahingehend zu verändern, dass unsere Erfahrungen und unser Blick auf die Geschichte angemessen berücksichtigt werden und so die historisch bedingte Distanz der beiden Teile Europas überwunden werden kann. Aber wir müssen uns ebenso als Europäer begreifen, die gegenüber Europa nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Wenn wir von der Europäischen Union die Garantie von Frieden und Stabilität und die Möglichkeit für Entwicklung und Wohlstand erwarten, sollten wir in den Köpfen der Bürger keine Mauern errichten – von den anderen Gesellschaften der Union sollten uns keine historischen Ängste, Ressentiments oder nationalen Mythen trennen.

Aus dem Polnischen von Thomas Weiler

Anmerkungen

- 1 Nicholas Kulish, »A Crisis of Remembrance. Honoring Nazi victims as witnesses fade«, in: *International Herald Tribune*, 29.01.2008.
- 2 Zitiert nach *Gazeta Wyborcza*, 09.-10.02.2008.
- 3 Jacek Kochanowicz, »Fantazmaty IV RP«, in: *Gazeta Wyborcza*, 03.04.2007.
- 4 Jim Hoagland, »Coming to Terms With the War: It's now or never«, in: *International Herald Tribune*, 09.04.1998.
- 5 Kazimierz Michał Ujazdowski's Blog: <http://ujazdowski.salon24.pl/59566,index.html>.
- 6 Stephen Holmes, »Cultural Legacies or State Collapse? Probing the Postcommunist Dilemma«, in: *Postcommunism: Four Perspectives*, Hg. Michael Mandelbaum, New York 1996, S. 22-76.
- 7 Vgl. hierzu Timothy Snyder, »Vereintes Europa – geteilte Geschichte«, in: *Transit* 28 (Winter 2004/2005), S. 168-171.
- 8 »Was ist eine Nation?« Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, in: Michael Jeismann / Henning Ritter, *Grenzfälle - Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993; Übersetzung von Henning Ritter.
- 9 Tony Judt, »The past is another country: myth and memory in post-war Europe«, in: Jan-Werner Müller (Hg.), *Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past*, Cambridge 2002, S. 157-183. Dt.: »Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa«, in: *Transit* 6 (Sommer 1993) S. 87-120.